

Bessere Chancen für Erdverkabelung?

Planfeststellung für Erdverkabelung soll neu geregelt werden / „Eon muss jetzt Farbe bekennen“

Die Chancen für eine Erdverkabelung scheinen zu steigen. SPD-MdB Kramer berichtet von entsprechenden Plänen der Bundesregierung.

HARPSTEDT (FIL/EB). Die Gegner der von Eon geplanten 380-KV-Leitung von Ganderkese nach St. Hülfe scheinen Unterstützung zu bekommen. Die Bundesregierung plant eine Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes, in dem Planfeststellungsverfahren für Erdkabel neu geregelt werden.

SPD-Ratscherr Hermann Bokelmann, Harpstedt, hat bei Umweltminister Gabriel angefragt, ob die Bundesnetzagentur (BNA) für einen Modellversuch eine Ausnahme erteilen könne, dass statt der geplanten Freileitung eine Erdverkabelung vorgenommen wird und Eon gestattet wird, die Mehrkosten auf die Nutzungsentgelte umzulegen.

Bokelmann hat vom Umweltminister noch keine Antwort, aber der SPD-Abgeordnete Rolf Kramer, Diepholz, teilte ihm jetzt mit, dass im Kabinettdentwurf unter den acht Neubaustrecken mit

850 Kilometern Gesamtlänge auch die Strecke Ganderkese-St. Hülfe enthalten sei. Somit wäre es grundsätzlich möglich, Erdkabel mit zu berücksichtigen. Allerdings sollen nach laut Kramer diese Bestimmungen nur für zehn Prozent der Neubaustrecken gelten und nur auf Antrag des Energieversorgungsunternehmens möglich sein.

Kramer will sich jetzt um eine Präzisierung der Bestimmungen für die Erdverkabelung bemühen. Dabei geht es ihm um folgende Punkte: Der Ausbau der 220/380 KV-Netzes solle grundsätzlich in

sensiblen Gebieten (Wohnsiedlungen, Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten) als Erdkabel erfolgen. Zu diesem Zweck könne die Planfeststellungsbehörde dem Vorhabenträger aufgeben, ein Erdkabel anstelle einer Freileitung zu verlegen. Der Erdkabelausbau werde finanziert, indem die Mehrkosten auf die Nutzungsentgelte umgelegt werden können, so Kramer.

Die Bundesnetzagentur (BNA) habe sicherzustellen, dass der notwendige Netzausbau schnell umgesetzt wird. Hierzu könne die BNA entscheiden, dass die Mehrkosten

auch außerhalb der sensiblen Gebiete umlagefähig sind, sofern es für den unverzüglichen Netzausbau erforderlich ist.

Gegenüber unserer Zeitung erklärte Hermann Bokelmann: „Damit kann Eon ihre bisherige Ablehnung nicht mehr begründen. Außerdem haben die Freileitungsgegner immer darauf hingewiesen, dass der Bau einer Freileitung mit Sicherheit durch viele Enteignungsverfahren erheblich verzögert würde.“ Wenn Eon wirklich das Vorhaben schnell verwirklichen wolle, sei es an der Zeit, dass Eon Farbe bekennet.